



Gewerkschaft erhält das Mitglied 45 Dollar zurück, oder eine Dividende von 19 Dollar, ungefähr 75 pCt. seiner Einlage. Die nächste Lohnerhöhung von 10 pCt. würde 10 pCt. auf 495 Dollar oder 49,50 jährlich sein oder eine Dividende von 23,50 Dollar, beinahe 100 pCt. seiner Einlage.

Der Nichtangehörige einer Gewerkschaft mit 350 Dollar jährlich würde eine Lohnerhöhung von 5 pCt. erhalten, wofür er nicht einen Dollar bezahlt hätte.

Alles dieses zusammen wird selbst den Zweifler überzeugen, daß die Gewerkschaft eine mächtige Kraft in der fortschreitenden Welt ist. Eine Million Gewerkschaftsmitglieder mit einer jährlichen Einlage von 26 000 000 Dollar erhalten 45 000 000 Dollar Dividende auf ihre jährliche Einlage. Wenn wir die anderen 4 000 000 Lohnarbeiter zum Beitritt zu den Gewerkschaften bringen können, werden wir einen Reingewinn von 225 000 000 Dollar haben. Die Konkurrenz von Mitarbeitern wird verhindert und die Gesetzgebung der Staaten und der Kongreß der Vereinigten Staaten würde zu Gunsten der Masse der Bevölkerung beeinflusst und nicht, wie jetzt, zu Gunsten weniger Monopolisten.

Eine auf diese Weise erreichte Lohnerhöhung, ein System von sicheren und billigen Versicherungen, die Verringerung der Zinsen auf Darlehen bis zum niedrigsten Maße, würden dem Arbeiter eine größere Widerstandskraft verleihen und dazu beitragen, daß die Gesellschaft sich dahin entwickelt, daß nicht mehr verschiedene Klassen existieren, sondern die Gesellschaft nur eine Einheit bildet. Die Gewerkschaften würden dann Verwalter der Geschäftsunternehmungen werden, die im Interesse aller Gesellschaftsmitglieder geschloffen sind.

Aber die Gewerkschaften widmen sich nicht nur der Sorge für das leibliche Wohl ihrer Mitglieder, sondern sie sind Vereinigungen, welche die Menschen zur Bildung, zur Selbsterkenntnis und zu dem Bewußtsein erziehen, daß sie als Brüder miteinander zu verkehren und gemeinsam zu handeln haben.

(„American Federationist“)

### Schankmachung.

Folgende Gelder liefen bei dem Hauptkassierer ein: Mannheim 99,90 M. Für die englischen Maschinenbauer aus Mannheim 22,45 M. Für den Agitations- und Unterstützungsfonds Mannheim 17,60, Magdeburg 17,35 M.

Für den Verbands-Vorstand:  
Dr. Forst

### Korrespondenzen.

**Mainz.** Am 7. November fand hier die konstituierende Versammlung der neu gegründeten Verwaltungsstelle statt. Genosse Stadtverordneter Tiefel sprach über den Nutzen der Organisation. Die Versammlung hatte man durch Handzettel bekannt gegeben, auf dem unter anderem zu lesen war, daß auch über schlechte Behandlung, lange Arbeitszeit verhandelt werden sollte. Ein solcher Zettel fiel nun dem Herrn Oberbürgermeister in die Hände und dieser benachrichtigte sofort die Kommissare, daß er am Sonntag zwischen 9 - 12 Uhr auf seinem Bureau zur Entgegennahme von Beschwerden für die Arbeiter zu sprechen sein werde. Der Herr Oberbürgermeister nahm dann auch in der bekannt gegebenen Zeit 32 Beschwerden entgegen; außerdem hatte er mit dem Genossen Tiefel eine Unterredung, in der er den städtischen Arbeitern das weiteste Recht, sich zu vereinigen, zugestand. — Die Versammlung war sehr gut besucht und wurden die vorzüglichsten Ausführungen des Referenten mit großem Beifall aufgenommen. Nachdem der Vorstand gerollt worden war, erfolgte der Schluß der Versammlung. Bisher haben sich 101 Mann der Verwaltungsstelle angeschlossen. Die hiesige bürgerliche Presse, welcher eine Bewegung der städtischen Arbeiter etwas ganz neues ist, nimmt von allen Vorgängen Notiz. Natürlich, beschönigt sie die Zustände in den hiesigen städtischen Betrieben.

**Mannheim.** Bedauerlicherweise tritt hier der Landtagsabgeordnete und Stadtrath, Genosse Geiß unseren Bemühungen, sämtliche städtischen Arbeiter zu organisieren, entgegen. Einige Straßenkehrer richteten an denselben die Frage, ob sie sich unserem Verbands anschließen sollten, worauf er erwiderte: „Für die Straßenkehrer sei es ganz nutzlos sich zu organisieren, da jeder Krüppel als Straßenkehrer verwandt werden könnte; außerdem dürften die Straßenkehrer Forderungen betreffs einer Erhöhung des Lohnes nicht stellen, da andere Orte auch nicht höhere Löhne als Mannheim zahlten. Dann wäre

ferner aber unser Verband nicht imstande, die Interessen der Straßenkehrer zu vertreten.“ — Diese Geißlichen Ansichten haben natürlich in unseren Kreisen große Verwunderung hervorgerufen und hoffen wir, daß Genosse Geiß bald die Unrichtigkeit seiner Meinung einsehen und uns in unserer Tätigkeit, sämtliche städtischen Arbeiter zu organisieren, nicht mehr stören wird.

Anmerk. d. Red. — Obige Mitteilungen sind uns von dem leitenden Persönlichkeiten der Mannheimer Verwaltungsstelle zugegangen, die wir als erfahrene und tüchtige Kräfte kennen, weshalb wir denselben Glauben schenken müssen. Daher sehen wir uns veranlaßt, einige Bemerkungen betreffs der Ansichten des Genossen Geiß zu machen.

Nach den Beschlüssen der verschiedensten sozialdemokratischen Parteitage ist es die Pflicht aller Arbeiter, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Daß die Straßenkehrer bei einem Streik leichter zu ersetzen sind, wie vielleicht andere Arbeiterkategorien, mag Tatsache sein. Doch ist d. r. Streik nicht das einzige Mittel des gewerkschaftlichen Kampfes, sondern es gibt auch noch andere. Als solche nennen wir: Der Druck der öffentlichen Meinung, die Arbeitervertreter in den Gemeindekollegien, die Einigungsämter der Gewerbeämter, die Arbeiter- und Fachpresse u. s. w. Auch die Straßenkehrer werden genau wie alle anderen Arbeiter nur dann ihre Interessen vertreten können, wenn sie organisiert sind. Ohne Organisation nie!

Die Mannheimer Straßenkehrer erhalten pro Tag 2,60 M. Das ist ein Lohn, bei dem kein Arbeiter als „Mei-ich“ existieren kann; diese Behauptung hat nicht nur von jeder die Sozialdemokratie aufgestellt, sondern sie ist durch die Wissenschaft zur unumstößlichen Tatsache geworden. Auch kann noch lange nicht jeder Krüppel die Straßen kehren, wenigstens nicht dauernd und wie es verlangt wird. Die Straßenkehrer sind dem Wind und Wetter ausgesetzt, daher für die verschiedensten Erkrankungen empfänglicher als andere Arbeiter und befinden sich oft in der Gefahr überfahren zu werden und ihr Leben unter dem Rad eines Wagens beendigen zu müssen. — Ob andere Orte genau denselben Lohn wie Mannheim zahlen — was neubeber gesagt nur zum Teil zutrifft — geht den Mannheimer Straßenkehrern gar nichts an. — Die logische Schlussfolgerung dieser Geißlichen Ansicht wäre einfach die, daß die deutschen Arbeiter im allgemeinen nicht höhere Löhne fordern dürfen, weil in Polen, Böhmen, Italien, China u. c. noch viel niedrigere Löhne gezahlt werden. — Die Stadt Mannheim mag ja jetzt schon höhere Löhne in Folge unserer dortigen Bewegung zahlen müssen als früher und in Zukunft wahrscheinlich noch höhere, doch das geht den städtischen Arbeitern gar nichts an. — In Berlin haben die Arbeitervertreter von jeher dadurch die Interessen der städtischen Arbeiter zu fördern gesucht, indem sie Anträge stellten, die Mehr- ausgaben von oft hunderttausenden Mark zur Folge hatten. — Auch haben die Straßenkehrer mit den Gasarbeitern, Paternanzarbeitern u. c. gemeinsame Interessen. Ihr Arbeitgeber ist die Stadt. Bei der heutigen Organisation der städtischen Verwaltungen (Klassenwahlrecht) geht es auch auf diesem Gebiet keine Harmonie zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber, sondern Interessengegenstände herrschen. Sie haben also alle einen gemeinsamen Feind und daher bedürfen sie einer gemeinsamen Organisation. — Auch wir hören, daß Genosse Geiß seine Ansichten ändern wird.

### Aus unserem Beruf.

Eine Krankengeld-Zusatzkasse soll für die Arbeiter der städtischen städtischen Gasanstalt, die in Schmargendorf liegt, errichtet werden. In den Reihen der Arbeiter blickt man auf diese von der Direktion bewilligte Gründung mit sehr gemischten Gefühlen; es ist die Annahme vorherrschend, daß damit der Organisation der Gasanstaltsarbeiter, die ihren Mitgliedern ebenfalls Krankengeld-Zuschuß zahlt, Abbruch gethan werden soll. (Vorwärts)

Für die Arbeiter der städtischen Gasfabrik in Lausanne ist der achtstündige Arbeitstag eingeführt worden, während die tägliche Arbeitszeit der übrigen Arbeiter von 10<sup>h</sup> auf 10 Stunden herabgesetzt wurde.

### An die Berliner Mitglieder!

Das Krankengeld wird alle Freitag abends von 8 - 9 Uhr bei Frau Neue Friedrichstr. 20, ausgezahlt. Vom 1. Januar 1898 ab wird dasselbe während der Tagesstunden ausgezahlt werden. Nähere Mitteilungen darüber erhalten die Mitglieder in der nächsten Zeit. Die Kreisverwaltung.

Verantw. Redakteur: Bruno Forst, Berlin, Culmburgstr. 82.  
Lud. Maurer & Dimmid, Louise-Über 11.